Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 40

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Widerstand

China

Steigende Zahlen

Vor dem Ministerrat in Peking musste der chinesische Minister für öffentliche Sicherheit, Hsieh Fuh-tschi, eingestehen, dass der Widerstand der Bevölkerung des chinesischen Festlandes gegen das kommunistische Regime zunehme. In den Jahren von 1959 bis 1961 habe sich die Zahl der «reaktionären» Aktionen verdreifacht. 1959 entdeckten die Organe des Sicherheitsministeriums insgesamt 78 925 Fälle von aktivem Widerstand und verhafteten 498 000 «Reaktionäre». Mehr als 64 000 Waffen und 160 Sendeanlagen wurden beschlagnahmt. 1960 waren es schon 115 300 Fälle von aktivem Widerstand und die Zahl der Verhaftungen erreichte 1 576 000. 73 500 Waffen und 81 Geheimsender wurden entdeckt und beschlagnahmt. Im Jahre 1961 ist die Zahl der Fälle von Widerstand gegen das Regime auf 251 000 angewachsen, also auf über das Dreifache der Fälle im Jahre 1959. Im Ministerium für öffentliche Sicherheit und im rotchinesischen Ministerrat nahm man dieses Ansteigen des Widerstandes mit um so grösserer Besorgnis auf, als er überall zu finden ist: in Fabriken, Kommunen, Bergwerken, geschäftlichen Organisationen, Schulen, ja sogar in Regierungsstellen und Parteiorganisationen. Der Sicherheitsminister Hsieh erklärte zum Anwachsen der feindseligen Stimmung in der Bevölkerung: «Ordnungsfeindliche Elemente nutzen die schwierige Situation aus, die infolge der Naturkatastrophen der letzten Jahre entstanden ist, und in vielen Gebieten verstärken sie ihre Sabotagetätigkeit.» Hsieh klagt dann über die Plünderung von Getreidelagern, Tötung kommunistischer Funktionäre, Anstiftung zu Streiks in den Fabriken, Schulen und landwirtschaftlichen Kommunen. Die Verantwortung für die zunehmende Feindseligkeit der Bevölkerung schob Minister Hsieh Fuh-tschi auf die Auswirkungen der Naturkatastrophen und auf das Versagen untergeordneter Partei- und Staatsorgane ab, in denen Verwirrung und Hilflosigkeit herrsche.

Bevölkerung

Um die Geburtenbeschränkung

Die in China angelaufene Kampagne zu einer ruhigeren Bevölkerungsentwicklung (siehe «KB», Nr. 26: «Umstellung auf Geburtenkontrolle?») nimmt deutlichere Formen an. Das Ausmass der Propagandaaktion und die Ausweitung der Diskussion auf verwandte soziale Themen lässt erkennen, dass es sich nicht um vorübergehende Empfehlungen handelt, sondern vielmehr recht eigentlich um eine bevölkerungspolitische Neuorientierung.

Gemäss Artikel 4 des Ehegesetzes Chinas ist das Heiratsalter für Männer mit dem 20. und für Frauen mit dem 18. Lebensjahr festgesetzt. Dieses Gesetz, das Anfang der fünfziger Jahre erlassen wurde, hatte unter anderem zum Zweck, gegen die früher in China üblichen Kinderheiraten vorzugehen. Angesichts des raschen Bevölkerungszuwachses (die Bevölkerung Chinas wird von offiziellen Stellen heute auf 675 Millionen geschätzt, so dass jeder vierte Erdbewohner ein Chinese wäre) und angesichts der durch Naturkatastrophen und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten bedingten äusserst kritischen Ernährungslage, wird in China seit Anfang dieses Jahres wiederum (wie schon 1954, wenn auch unter anderen Aspekten) eine Kampagne gegen Frühheiraten geführt.

Die Argumente, die in dieser Kampagne ins Treffen geführt werden, stützen sich in erster Linie auf physiologische Faktoren und die damit verbundenen psychischen Folgen und versuchen nachzuweisen, dass Heiraten im vom Gesetz erlaubten Alter vom Gesichtspunkt der geistigen Reife, des politischen und ideologischen Fortschritts, des sozialistischen Aufbaues, des physischen Heranwachsens und der Gesundheit der nächsten Generation usw. nicht ratsam sind. Demzufolge wird in der Kampagne betont, dass Frühheiraten mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen. Nach «wissenschaftlichen» Gesichtspunkten sei das angemessene Heiratsalter für Männer 28 bis 32 Jahre und für Frauen 22 bis 26 Jahre oder später.

In dieser Kampagne wird aber nicht nur versucht, mit allgemeinen Argumenten die Jugend von einer frühen Heirat abzuhalten. Vielmehr werden die infolge von Frühheiraten hervorgerufenen gesundheitlichen Schäden und deren Folgen, wie zum Beispiel Krebs und Neurasthenie usw., besonders hervorgehoben. Die Frühheiraten bedingen zumeist zahlreiche Geburten, die wie es heisst, die Gesundheit der Mütter für Arbeit und Studium schwächen und ausserdem auch wirtschaftliche Schwierigkeiten nach sich ziehen. Vor allem aber wird befürchtet, dass insbesondere die Frauen zu viel Zeit und Kraft aufwenden, um den Haushalt zu führen und die Kinder aufzuziehen. Damit bleibt zu wenig Zeit für politische Studien und für die Teilnahme an der Produktion.

Es handelt sich hier offensichtlich um eine Einschränkung des Geburtenpotentials, denn es wird von den verschiedenen Zeitschriften nicht nur gegen Frühheiraten argumentiert, sondern in Beantwortung von «Leserbriefen» gibt zum Beispiel die Zeitung «Chung-kuo Ch'ing-nien Pao» (Peking) in allen Einzelheiten bekannt, auf welche Weise am sichersten Geburten verhütet werden können. Ferner verweist die Zeitung auf entsprechende Publikationen über die Geburtenverhütung. Einheitlich wird in allen Artikeln darauf hingewiesen, dass für das Familienleben gewissenhafte Vorkehrungen getroffen werden sollen und dass mehr Energien der Familienmitglieder auf die Arbeit, das Studium und den Fortschritt konzentriert werden sollen.

In Zusammenhang mit den propagierten Spätheiraten, der Geburtenkontrolle und -verhütung wird auch noch ein anderes Problem aufgeworfen, nämlich das des persönlichen Geldverbrauches. Die Jugend wird dazu angehalten, für Vergnügungen und Geschenke für den Partner möglichst wenig Geld aufzuwenden. Desgleichen wird gegen kostspielige Hochzeitsmähler argumentiert, die das Budget der künftigen Familie unnötig belasten. Dies alles mag auf den ersten Blick recht vernünftig klingen, aber nach der kommunistischen Ideologie ist auch hier in den allerpersönlichsten Dingen keineswegs in erster Linie an das Wohl des einzelnen und sein Fortkommen gedacht, sondern an das Wohl des Staates. Zumindest haben wir es auch in diesem Fall mit einem deutlichen Eingriff des Staates in die persönlichste Sphäre des Einzelnen zu tun, der es wiederum deutlich macht, wie wenig persönliche Freiheit dem Menschen unter einem solchen Regime belassen wird, da nicht nur die Wirtschaft und andere Gebiete des öffentlichen und sozialen Lebens, sondern auch der Einzelmensch in seiner privatesten Sphäre eingeplant wird. Wie weit allerdings die gelben Kommunisten mit dieser mit grossem Aufwand gestarteten Kampagne Erfolg haben werden, wird die Zukunft weisen.

Soziales

Sowjetunion

Normenverschärfung

In der grossen Traktorenfabrik von Minsk wurde auf Anregung der Partei ein gesellschaftliches Organ, das sogenannte «Büro für Normenrevisionen» errichtet, von dem in den einzelnen Betrieben bereits 15 ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Sie überprüften 1500 Leistungsnormen und machten «auf Wunsch der Werktätigen» neue Vorschläge zur Verschärfung der Normen für Leistungen, für die Arbeitsproduktivität sowie für den Material- und Zeitverbrauch. Damit konnte der Arbeitsaufwand für die Erzeugung eines Traktors um 33 Prozent herabgesetzt werden. In der Weissrussischen SSR betätigen sich schon 400 solche Büros für Normenrevisionen.

Generell werden in der Sowjetunion die Leistungsnormen im Rahmen der Volkswirtschaftspläne (Jahrespläne) einer periodischen Revision unterworfen. Objektive Gegebenheiten, wie rationellere Erzeugung durch Automation (Erhöhung der Arbeitsproduktivität), spielen dabei natürlich ihre Rolle. Daneben aber wird von Zeit zu Zeit (namentlich anlässlich von Parteikongressen) auch ganz einfach vermehrter Arbeitseinsatz gefordert. Diesbezügliche Aufrufe und Weisungen erscheinen immer unter der klassischen Formel «auf Wunsch der Werktätigen», was selbstverständlich eine Heuchelei darstellt.

Permanente Aemter zur laufenden Normenrevision, wie sie jetzt allenthalben entstehen, ermöglichen einerseits wohl eine bessere Arbeitskontrolle, stellen anderseits aber auch einen umfangreichen bürokratischen Apparat dar, der von der Produktion getragen werden muss. Wo die privatwirtschaftlichen Gesetze abgeschafft sind, tritt statt normalem Wettbewerb notwendigerweise die bürokratische Kontrolle auf. Daher auch der qualitative Unterschied zwischen Bürokratie bei uns und im kommunistischen Staat. Hier ist sie wesentlich ein auf menschliche Schwächen gegründeter Missbrauch unseres Systems, in der totalen Planwirtschaft ist sie unabdingbarer Gebrauch des Systems.

Personelles

SBZ

Admiral kämpfte für Franco

Der neue Flottenchef der SBZ kämpfte seinerzeit im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der «Reaktion».

Dass ein Wechsel im Kommando über die «Seestreitkräfte der DDR» stattgefunden hat, konnte man vor einiger Zeit der sowjetzonalen Presse entnehmen. Als neuer «Chef der Seestreitkräfte der DDR» wurde der jetzt 47 Jahre alte Heinz Neukirchen

Curriculum der Woche

HEINZ NEUKIRCHEN

Oberkommandierender der sowjetzonalen Seestreitkräfte.

Geboren 1905. Der anfängliche Verwaltungsanwärter trat als Berufssoldat am 1. Mai 1936 der ehemaligen deutschen Kriegsmarine bei. Er war «Gorch-Fock»- Schüler. 1938 wurde er Bootsmannsmaat, 1940 Oberbootsmannsmaat und Bootsmann, 1941 Oberfeldwebel, 1944 wurde er zum Leutnant zur See und noch im April 1945 zum Oberleutnant zur See befördert. Zeitweilig war er auf dem Kreuzer «Köln» stationiert. Nach 1945 trat er der NDPD («Nationaldemokratische Partei Deutschlands», von der SED gesteuerte Partei, vornehmlich zur Sammlung der ehemaligen kleinen Parteigenossen und der Berufssoldaten) bei, hatte leitende Funktionen inne und gehörte vorübergehend dem Hauptausschuss der NDPD an. Erst vor kurzem trat er der SED als Mitglied bei. Nach dem Parteiwechsel wurde er zum Chef der Seestreitkräfte bestellt.

der Oeffentlichkeit vorgestellt, ohne dass nennenswerte biographische Angaben über ihn gemacht wurden. Sein Name wurde erst Ende August 1962 in der Zonenpresse erneut erwähnt, als Neukirchen, Konteradmiral, zu einem «Freundschaftstreffen» mit einem sowjetzonalen Geschwader den Hafen Leningrad anlief und vom sowjetischen Admiral Baikow mächtig gefeiert wurde. Anschliessend reiste Neukirchen nach Moskau. Dort war er Gast von Flottenadmiral Gorschkow, dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Kriegsmarine. Die sowjetzonale Presse berichtete ausgiebig über dieses Treffen.

Während die «proletarische» Generalität und Admiralität der sowjetischen Besatzungszone aus den Internationalen Brigaden hervorging, die auf kommunistischer Seite im spanischen Bürgerkrieg mitgekämpft und dort ihre Feuertaufe empfangen hatten, gehört Neukirchen zu denen, die mit der Waffe in der Hand auf nationalspanischer Seite am Spanien-Konflickt teilnahmen. Im Jahre 1936 kämpfte Neukirchen auf nationalspanischer Seite. Er wurde mit dem Spanien-Kreuz ausgezeichnet.

Die Besonderheit im Fall Neukirchen liegt darin, dass erstmals ein Mann in eine entscheidende Kommandostelle der sowjetzonalen Streitkräfte aufrückt, der keinerlei «proletarische Verdienste» aufzuweisen hat, der vielmehr 1936 zu den Gegnern seiner heutigen Kollegen zählte.

Versorgung

Befehl: Nass einlagern

Auf Weisung des ZK der SED verlangte das sowjetzonale Landwirtschaftsministerium die totale Räumung der Getreidefelder ohne Rücksicht darauf, ob das Getreide noch nass oder noch nicht ausgereift war. Die Mitglieder der LPG und die Ernteeinsatzkommandos wurden — dieser Weisung gemäss — gezwungen, das Getreide in Scheunen oder Mieten einzufahren. Die ehemals freien Bauern machten als Fachleute energisch darauf aufmerksam, dass hierdurch grosse Verluste durch Selbstentzündung des Getreides entstehen müssten. Die Warnungen blieben indessen unberücksichtigt.

Auf Grund der unsachgemässen Getreidelagerung sind allein im Bezirk Potsdam vom 1. bis 10. September 1962 über 100 Scheunen, Mieten und sonstige Bergeräume vom Getreide wieder geräumt worden, weil die Gefahr der Selbstentzündung selbst den Parteifunktionären als gegeben erschien. Mehrere Getreidescheunen und Mieten, beispielsweise in der LPG Rädel im Kreise Brandenburg-Land sind durch Selbstentzündung abgebrannt.

Von der unsinnigen ZK-Anordnung sind insbesondere die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Frankfurt/Oder betroffen. Abgesehen davon, dass die Bezirke während der Erntezeit von starken Regenfällen betroffen waren, ist dort das Getreide halbreif gemäht und nass eingefahren worden.

Die bereits eingetretenen und ausserdem zu erwartenden Schäden waren für die SED Anlass, die LPG-Mitglieder hierfür verantwortlich zu machen, obwohl gerade sie vor der unsachgemässen Lagerung zeitgerecht gewarnt hatten.

Erziehung

Tibet

Ein Fall der Umschulung

Im indischen Protektorat Sikkim berichtete der 23jährige tibetische Flüchtling Tsong Drue Gyatso über die chinesische Umerziehungsaktion an Tausenden von jungen Tibetern. Zwei Jahre lang war er Zögling der Kaderschule von Shanyan, wo 2700 Jugendliche zwischen 12 und 30 Jahren «umerzogen» werden.

Gyatso hatte 1957 als ausgebildeter Krankenpfleger ein Stipendium für Fachstudien in China erhalten. Aber von Medizin oder Naturwissenschaften stand in Shanyan nichts auf dem Lehrplan.

Chinesische Sprache und Geschichte waren die zentralen Studienfächer, wobei den Zöglingen immer wieder klargemacht wurde, dass China das Vaterland aller Tibeter sei. Zu einer Zeit noch, als der Dalai Lama, wenn auch schon unter chinesischer Militärkontrolle, über Tibet regierte, mussten seine jungen Landsleute in Shanyan lernen, wie feudalistisch-korrupt seine Regierung, wie Reaktionär und töricht der Buddhismus und dass Gautama Buddha ein Werkzeug der Kapitalisten wäre. Im Anschluss an einen achtstündigen Studientag wurden die jungen Leute in Steinbrüchen und zum Strassenbau eingesetzt. Was ihnen jedoch am meisten zusetzte, war die gegenseitige Bespitzelung, zu der sie von ihren chinesischen Aufsehern angehalten wurden. In Gyatsos Studienzeit nahmen sich drei seiner Kameraden das Leben, und dreizehn seiner Schicksalsgefährten verschwanden spurlos. Niemand wusste, ob sie geflüchtet oder Opfer kommunistischer Säuberungen geworden waren. Es gab wiederholt Widerstandsaktionen kleinerer Gruppen von Schülern, aber sie wurden alle aufgedeckt, und es folgten die üblichen Geständnisse, Folterungen, Strafen, Selbstkritik und neue Denunziationen.

Eines Tages im Jahre 1959 wurde 50 Shanyan-Schülern mitgeteilt, ihr eigentliches auf sechs Jahre geplantes «Studium» müsse abgebrochen werden. Sie müssten als Elite der Kaderschule sofort nach Tibet zurückkehren, um dort in der Verwaltung eingesetzt zu werden. Gyatso gehörte zu den Auserwählten. Im Juni 1959 sah er ein völlig verändertes Lhasa wieder. Er war, wie seine Kameraden, erschrocken, als er am Strassenrand Strafgefangene in Ketten bei der Zwangsarbeit sah. Die jungen Heimkehrer baten, man möge sie doch in ihren Heimatbezirken einsetzen. Die Rotchinesen verweigerten das, und so kam Gyatso als «Gampu», als Verwaltungsbeamter, in den Chu-Sure-Bezirk westlich der tibetanischen Hauptstadt. Die «Verwaltung» bestand darin, «Klassenfeinde» zu überführen und antichinesische Rebellen zu bekämpfen. Gyatso erhielt Listen mit den Namen von Verdächtigen und Listen mit den Namen von kommunistischen Kollaborateuren. Seine wichtigste Funktion bestand darin, das chinesische Spitzelnetz weiter auszubauen. Doch im Januar 1960 geriet er selbst in den Verdacht, nicht linientreu genug zu sein. Er wurde abgelöst. Jetzt musste er Pamphlete und Propagandalosungen ins Tibetanische übersetzen. Zwei Jahre später beorderte man ihn ins chinesische Hauptquartier. Dort wurde er pausenlos verhört, doch Gyatso war zu gut geschult, um sich eine Blösse zu geben. Man schickte ihn auf Bewährung mit einer Gruppe chinesischer Offiziere ins südtibetanische Gebiet von Lokha und Drigung, das als Hochburg der gläubigen Buddhisten galt. Dort sollte er für den Atheismus werben.

Nun aber flüchtete Gyatso in die Freiheit. In seinem Fall war die Gehirnwäsche erfolglos geblieben.

Versorgung

Ungarn

Händel um Kleinhandel

Eine staatliche Kontrolle über Detailhandel und Gastgewerbe in Ungarn stellte verbesserte aber noch unbefriedigende Verhältnisse fest. Und die Versorgung ist jeweilen immer etwas schlechter als offiziellerseits zugegeben wird.

Das staatliche Generalinspektorat für den Handel überprüfte 2200 Geschäfte und Gaststätten. Zusammenfassend stellte das Generalinspektorat fest, dass sich die Tätigkeit des Handels in den letzten Jahren besserte und auch die Warenversorgung besser wurde.

Trotzdem muss festgestellt werden — fährt der Bericht fort — dass dies für den Handel nicht kennzeichnend ist. Vielmehr erregt vor allem die Unhöflichkeit, die den Kunden gegenüber an den Tag gelegt wird, grosses Aergernis...

Nach einem anderen Bericht («Nepszabadsag») sorgen in 3050 von insgesamt 3270 Ortschaften des Landes ausschliesslich Geschäfte, Gastwirtschaften und Konditoreien der Genossenschaften für die Versorgung der Bevölkerung.

Die Genossenschaftsläden wickelten letztes Jahr 28,3 Prozent des gesamten Kleinhandelsumsatzes ab. Sie verfügen jedoch oft über kein entsprechendes Verkaufslokal und keine Lagerräume. Berechtigt sei auch der Wunsch nach höflicherer und aufmerksamerer Bedienung. Die Ordnung und die Sauberkeit entsprechen vielerorts nicht den hygienischen Anforderungen. «Es wäre Zeit, dass die Auffassung verschwindet: Für den Kunden ist alles gut genug; er kauft das, was er bekommt!»

Literatur

UdSSR

Ukrainische Non-Konformisten

Der frische Wind des Non-Konformismus, der die einstmals ruhige Oberfläche der sowjetischen Literatur aufwühlt, weht nicht nur in den Moskauer Vorstädten.

Das Auftauchen einer Gruppe «zorniger junger Männer» in der Ukraine stellt ein delikates Problem für die Parteifunktionäre von Chruschtschews Heimatrepublik dar. Obwohl sie den Unwillen der literarischen Konservativen und des ZK der ukrainischen KP erregten, haben sie die Unterstützung «liberaler» Kräfte nicht nur in Kiew, sondern auch in Moskau erhalten.

Bis jetzt sind sie mit ungewöhnlichem Takt und äusserster Toleranz behandelt worden.

Die jungen Rebellen sitzen vor allem in Kiew und Lemberg und konzentrieren ihre Bemühungen hauptsächlich auf Lyrik und Kurzgeschichten.

Sie sind alle erst Anfang Zwanzig, was das Organ des Schriftstellerverbandes, «Literatura Gasjeta», veranlasste zu schreiben, dadurch wirkten bekanntere Non-Konformisten, wie Ewgeni Ewtuschenko, direkt «weise durch Erfahrung, erwachsen, ja fast ältlich».

Der erste dieser neuen ukrainischen Gruppe, der in die Oeffentlichkeit trat, war Ewgeni Gutsalo. Von ihm erschien eine Kurzgeschichte, «Gorin» (im Dezember des vergangenen Jahres), in der die Geschichte einer Putzfrau erzählt wird, die ihren Sohn zu Tode prügelt, weil er ohne das Kreuz, das sie ihm um den Hals gehängt hatte, aus der Schule zurückkommt. Statt, wie zu erwarten wäre, die antireligiöse Moral herauszuarbeiten, zeichnet Gutsalo das Bild der Mutter mit grosser Leidenschaft.

Valery Schewtschuk, ein 22jähriger Student der Geschichte an der Universität von Kiew, war von der Universitätszeitung scharf angegriffen worden, weil der Held seiner ersten Kurzgeschichte ein «passiver Betrachter des Lebens, ein grauhaariger Bourgeoise» ist, «der alles durch seine dunklen Gläser sieht».

Eine ukrainische Literaturzeitung brachte aber einige seiner Kurzgeschichten, in denen sich der Autor über die sozialen «Hygieniker» lustig macht und dagegen protestiert, dass die Behörden einen wahren Kult mit der Jugend treiben, der beleidigend für die Jugend sei. Schewtschuk wiederholte diese seine Ansichten, als er im April vor den Ausschuss «Arbeit mit der Jugend» des Ukrainischen Schriftstellerverbands zitiert wurde.

«Nihilismus»

Ein anderes Mitglied der Gruppe ist Wladimir Drozdo, ein 23 Jahre alter Student der Journalistik in Kiew. Der Bösewicht seiner Kurzgeschichte «Ich liebe blaue Augen» ist der Sekretär eines Komitees der kommunistischen Jugendorganisation, der sich weigert, den Ventilator aus seinem Büro dem Krankenhaus zur Verfügung zu stellen, das ihn für ein Mädchen braucht, das im Sterben liegt. Es hatte sich bei der Rettung eines Kindes schwere Verbrennungen zugezogen.

Der Held der Geschichte verteidigt aber auch noch die jungen Nihilisten, als er sagt: «Es ist sehr gut, wenn die Leute denken und nicht nur mechanisch sture Regeln für alle Situationen des menschlichen Lebens lernen.»

So ist es nicht überraschend, dass Schriftsteller, die solche Ansichten vertreten, sich den Unwillen der Behörden zuziehen. Das Problem kam im vergangenen Monat auf einer Plenarsitzung des ZK der ukrainischen KP zur Sprache, wo man feststellte, dass «schwere Mängel in der Erziehung der Jugend» zu beklagen seien. Man beschloss, «die marxistisch-leninistische Ausbildung der künstlerischen Intelligentsia zu verbessern, sie im Geiste der Parteiprinzipien zu erziehen ... allen Arten revisionistischer und nihilistischer Abweichung entschieden entgegenzutreten».

Trotzdem wurden alle Mitglieder der Gruppe, mit zwei Ausnahmen — Schewtschuk und Yuri Koval, der auch Kurzgeschichten schreibt — in den Ukrainischen Schriftstellerverband aufgenommen und die Bestimmungen, die die Mitgliedschaft regeln, wurden zu ihren Gunsten ausgesetzt.

Und jetzt veröffentlichte die «Literatura Gasjeta» den Artikel eines bekannten ukrainischen Dichters der älteren Generation, Maxim Rylsky, der sich für die jungen Rebellen ausspricht.

«Es geht hier nicht um die Frage des Kampfes zwischen dem Rückschritt und dem Fortschritt, sondern einfach um das Nachrücken einer neuen Generation von Leuten, die vorwärts blicken», schreibt er. «... Das Recht ist immer auf der Seite der Söhne, ganz einfach deshalb, weil ihnen die Zukunft gehört. Und das Recht ist auch immer auf der Seite der würdigen Väter, denn sie haben den Grund gelegt für die Zukunft.»

Wirtschaft

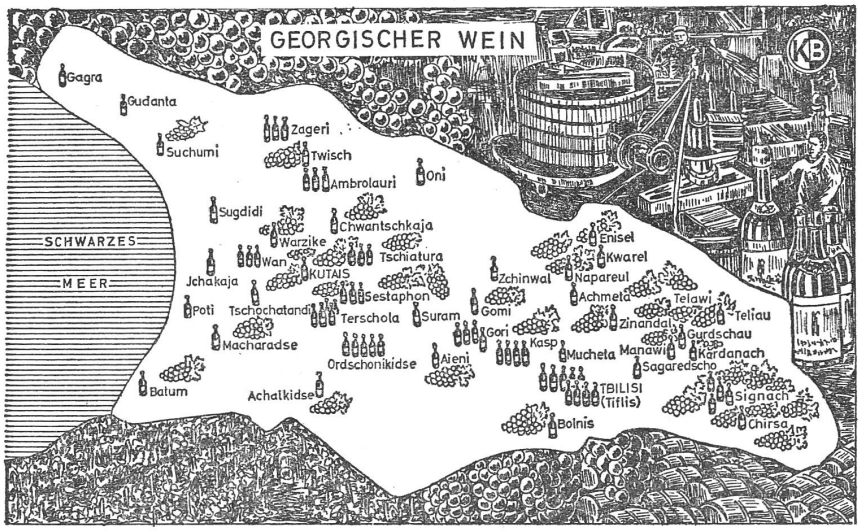
Bulgarien

Der Perspektivplan

Der bulgarische Parteikongress vom kommenden November wird sich nicht nur mit personellen Umschichtungen an der Partei- und Regierungsspitze zu befassen haben (siehe KB Nr. 38), sondern auch mit der generellen Wirtschaftsplanung. Sie ist besonders dringlich, da das Land wirtschaftlich auch für Ostblockverhältnisse stark unterentwickelt ist, anderseits aber im Rahmen der Comeconplanung seinen festen (in mancherlei Hinsicht sogar bevorzugten) Platz einnimmt. Die Entwicklung muss also mit Tempo vorangetrieben werden, wenn nicht schwere Reibungen im «Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe» (RGW = Comecon) entstehen sollen. Mit den Grundlagen ist es zum Teil schlecht bestellt. Namentlich hapert es mit der Versorgung. Dazu fehlen auch die benötigten Kader für den wirtschaftlichen Aufbau im vorgesehenen Ausmass.

Aehnlich wie in der Sowjetunion hat nun auch Bulgarien jetzt einen Perspektivplan entworfen, der vom Kongress anzunehmen ist. (Ueber die Industrieplanung

Georgische Keltereien in Hochbetrieb



In Georgien ist jetzt die Weinlese schon abgeschlossen, wobei die Ergebnisse anscheinend befriedigen. Der Weinbau spielte in diesem Land traditionellerweise schon früher eine beträchtliche Rolle (wenn auch Tabak als Exportprodukt wichtiger war), wurde in der ersten Zeit der Sowjetisierung stark zurückgebunden (Rückgang von 52 000 auf 29 000 Hektaren Rebenfläche), um nachher wieder gefördert zu werden. Es ist namentlich Chruschtschews Landwirtschaftspolitik, die den ertragreichen georgischen Boden wieder vielfältiger ausnützen will, so dass Obstbau (auch exotische Früchte) und Wein wieder stark berücksichtigt werden. Heute dürften die Rebenpflanzungen wieder etwa 80 000 Hektaren umfassen und sollen bis zum Ende des Siebenjahresplanes 1965 noch stärkeren Anteil an den Kulturen haben. Unser Bild, nach einer kürzlich veröffentlichten sowjetischen Vorlage («Sarja Wostoka») zeigt, dass jetzt überall gekeltert wird, während zuvor die Weinerzeugung fast ausschliesslich auf den Osten des Landes konzentriert war.

werden wir noch berichten). Es geht nach sowjetischem Vorbild bis 1980 und sieht unter anderem eine Steigerung der Landwirtschaftsproduktion um das Zweieinhalbfache vor.

Dieser Plan ist bedeutend bescheidener als jener, der vor wenigen Jahren eine Erhöhung der Agrarproduktion um das Dreifache im Verlaufe von zwei Jahren forderte und der sich bekanntlich als völlig undurchführbar erwies.

Bei der Erläuterung des Programms, das den Zeitraum bis einschliesslich 1980 umfasst, meinte Radio Sofia: «Die Grundlage des Programms bilden die fundamentalen Richtlinien, die sich im Programm der KPdSU finden und die auch für unsere Verhältnisse gültig sind.»

Im Wirtschaftsprogramm Bulgariens heisst es, die Hauptaufgabe der Partei in den nächsten 20 Jahren sei es, die materielle und technische Grundlage für den Sozialismus zu vervollkommnen und dann den allmählichen Uebergang zur Schaffung der materiellen und technischen Grundlagen des Kommunismus herbeizuführen.

Priorität für die Schwerindustrie

Die Entwicklung der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, so wird in den Programmrichtlinien betont, werde weiterhin mit Vorrang behandelt werden. Die Industrieproduktion soll sich demnach bis 1970 verdreifachen und soll bis 1980 auf das Siebenfache des jetzigen Standes erhöht werden.

Die Erzeugung von Konsumgütern soll indessen nur verfünffacht werden, während die von Produktionsmitteln das Neuneinhalbfache des jetzigen Standes erreichen soll. Die Produktion bei Eisen, Stahl usw. soll um das Viereinhalbfache gesteigert werden und die der chemischen- und Gummiindustrie soll sagar das 27fache ihres jetzigen Umfangs erreichen. 1980 sollen etwa 45 Prozent der industriellen Gesamtproduktion aus der chemischen- und der Maschinenbauindustrie kommen. Dabei geht das Programm davon aus, dass sich die Erzeugung im Maschinenbau um das 17fache steigern lässt.

Das Programm misst der Erzeugung von Kosumgütern jedoch erheblich mehr Bedeutung zu, als das früher der Fall gewesen ist. Radio Sofia erklärte dazu: «Die Programmrichtlinien umfassen eine radikale Reorganisation der Konsumgüterstruktur, das heisst eine erhebliche Steigerung des Angebots von hochwertigen, haltbaren, praktischen und schönen Erzeugnissen.»

So soll bis 1980 die Fernseh- und Rundfunkindustrie in der Lage sein, jährlich 600 000 bis 650 000 Apparate herzustellen. Die Erzeugung von Kühlschränken soll 1980 eine Jahresproduktion von 300 000 Einheiten erreicht haben, während sich die Erzeugung der Möbelindustrie um das Acht- bis Neunfache erhöht haben soll.

Zudem hofft das Sofia-Regime, dass bereits um 1980 jährlich 120 000 Motorfahrzeuge produziert werden, obwohl in Bulgarien bisher nicht ein einziges Auto gebaut worden ist.

Endlich mehr Fleisch?

Im landwirtschaftlichen Bereich soll der Viehzucht Priorität eingeräumt werden. Die Fleischerzeugung soll bis 1980 um das Dreieinhalbfache zunehmen, die Milcherzeugung vervierfacht und die von Eiern soll mehr als verdreifacht werden. Die Fleischversorgung ist in Bulgarien immer noch besonders prekär.

Die Erzeugung von Getreide soll hingegen auf dem Stand von 1960 bleiben, da, so heisst es hierzu im Programm, «der Bedarf der Bevölkerung damit vollkommen gedeckt werden kann».

Um zu einer Erhöhung des Viehbestandes zu gelangen, der bei Rindern und Schafen noch immer unter dem Vorkriegsstand liegt, soll die Futterproduktion im Inland bis 1980 vervierfacht werden. Ausserdem soll Viehfutter importiert werden. Das Programm enthält nichts darüber, aus welchen Ländern importiert werden soll. Weitere Punkte des Programms besagen folgendes:

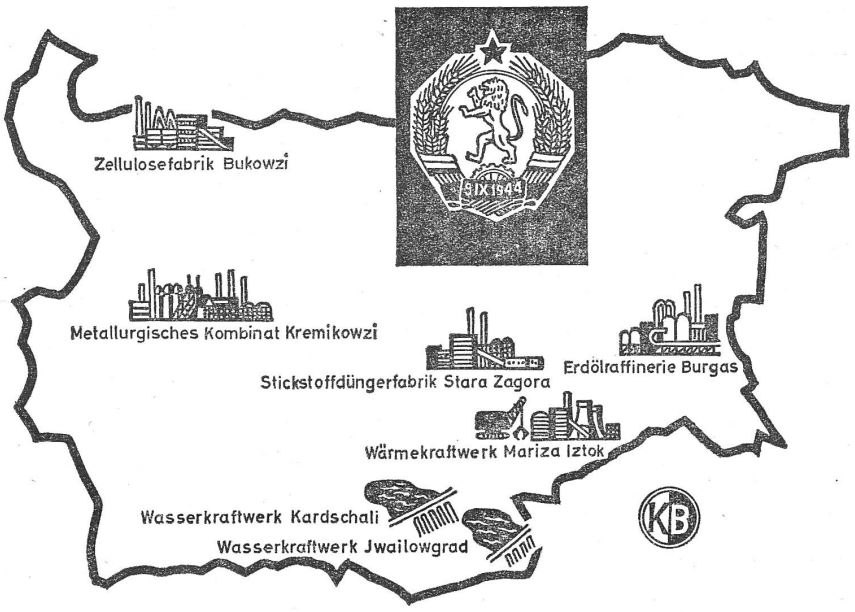
Bauindustrie: Der Bau von Wohnungen soll um das Siebeneinhalbfache gesteigert und der Bau von Häusern selbst soll sogar verzwölffacht werden. Auf diese Weise hofft man, den herrschenden Wohnungsmangel bis 1970 im grossen und ganzen zu beseitigen. Zu diesem Zeitpunkt will das Regime in der Lage sein, im Durchschnitt jeder Person eine Wohnfläche von neun Quadratmetern zur Verfügung stellen zu können.

Produktivität: Sie soll sich in der Industrie zumindest vervierfachen und in der Landwirtschaft verfünffachen.

Lebensstandard: Das Durchschnittseinkommen soll sich, so wird versichert, erhöhen, «wobei nicht nur die Quantität und Qualität der Arbeit zugrundegelegt werden muss, sondern auch ihr Anteil an der Förderung der Gesellschaft». Darüber hinaus sollen die Verbraucherpreise gesenkt und die Steuern ermässigt und schliesslich abgeschafft werden. Das Angebot an Konsumgütern soll nahezu verfünffacht werden. Die Arbeitszeit soll von den gegenwärtig üblichen 46 Wochenstunden auf 36 Wochenstunden im Jahr 1980 reduziert werden; in Industriezweigen, «wo die Arbeitsbedingungen schwierig sind», soll sie dann sogar nur noch 30 Stunden ausmachen.

Erziehung: Während der ersten zehn Jahre des Programms soll die Schulpflicht auf acht Jahre erhöht werden (zurzeit sieben Jahre) und soll im zweiten Jahrzehnt auf zehn Jahre ausgedehnt werden. Bis 1980 soll ferner die Zahl der Studenten und Promovierten viermal so hoch wie im letzten Jahr sein.

Im Programm wird abschliessend eingeräumt, dass dem sozialistischen Aufbau in Bulgarien während «der Periode des Persönlichkeitskults schwerer Schaden» zugefügt wurde, da das Prinzip, des «materiellen Interesses» unterschätzt worden sei.



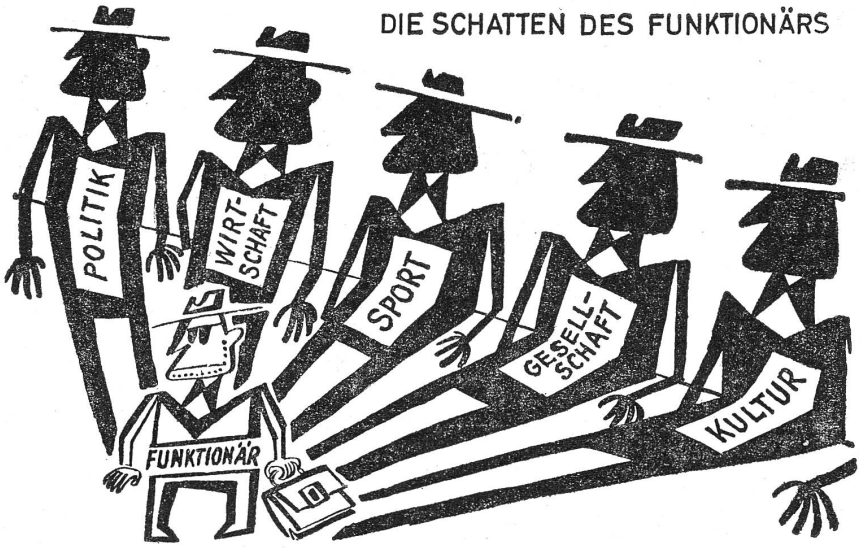
Die grössten bulgarischen Werke, die gegenwärtig in Bau sind (nach einer Darstellung von «Otetschestwen Front», Sofia). Der Bedeutung nach an erster Stelle rangiert das metallurgische Kombinat (Zusammenschluss von Betrieben, die in ihrer Produktion koordiniert sind) von Kremikowzi, das nach seiner Fertigstellung jährlich fünf Millionen Tonnen Stahl erzeugen soll. Für dieses Jahr ist vorderhand die Inbetriebnahme eines Wärmekraftwerks und einer Fabrik vorgesehen, während der erste Hochofen (für eine Jahresproduktion von 560 000 Tonnen Gusseisen) 1963 eingeweiht wird. Die Stickstoffdünger-Fabrik Stara Zagora ist ein weiterer Gigant der bulgarischen Industrie. Die Produktionsaufnahme soll noch vor Jahresende erfolgen. Ueber die Erdölraffinerie bei Burgas haben wir schon mehrfach berichtet, nimmt sie doch in der Comecon-Planung des Ostblocks eine wichtige Stellung ein. Sie wird mit einer Pipeline Anschluss am Hafen Burgas finden und ab Ende nächsten Jahres sowjetisches Erdöl verarbeiten (zwei Millionen Tonnen im Jahr). Beim Wärmekraftwerk «Mariza Iztok» handelt es sich eigentlich viel mehr um ein ganzes System von Wärmekraftwerken, das in verschiedenen Stufen gebaut wird, wobei anscheinend einige Verspätung auf den ursprünglichen Fahrplan zu registrieren ist. Die Arbeiten werden noch auf Jahre hinaus dauern. Die grossen Wasserkraftwerke des Landes sind nicht nur Energiespender, sondern auch mit umfangreichen Bewässerungsanlagen verkoppelt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 3. Oktober 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



Die Schattenspender

Unsere jugoslawische Karikatur ist an eine Gesellschaftsschicht gerichtet, die gemeinhin im kommunistischen System zu den bevorzugten gehört, gegenwärtig aber in Jugoslawien nicht nur zu lachen hat: die Klasse der Parteifunktionäre.

Wie der Parteifunktionär der Mann für alles ist und seine verschiedenen Schatten über dem ganzen Leben von Staat und Gesellschaft ist, so kann er auch zum Sündenbock für alles gemacht werden. Tito hatte diesen Sommer in seiner berühmten Rede in Split kräftig mit den allzu selbstherrlichen Parteifunktionären abgerechnet (siehe KB, Nr. 29, «Schraube für die neue Klasse») und einen schärferen Kontrollkurs angekündigt. Die Wirkung scheint recht nachhaltig gewesen zu sein, wenigstens was die Reaktion der Presse anbetrifft, die nicht müde wird, egoistische, willkürlich herrschende und sich persönlich bereichernde Funktionäre anzuprangern, ferner die fachliche Untüchtigkeit allzu vielseitiger Parteivertreter zu kritisieren.

In Titograd hat folgender Witz die Runde gemacht: Ein Parteifunktionär geht zur Handleserin. Sie ist von seiner Lebenslinie entzückt. «Wenn du Titos Rede in Split überlebst, Genosse, kann dir im nächsten halben Jahrhundert überhaupt nichts passieren.»

Das Scherzchen zeigt gleichzeitig auch, dass die Bevölkerung gewissermassen trotz des neuen Unkrautmittels doch an das zähe Leben dieser Pflanzen glaubt, die auch im Schatten noch gedeihen und produktiveren Gewächsen selbst das bisschen Sonne noch wegnehmen können.

Unser Memo

Neugegründete Staaten aus den Entwicklungsgebieten sollen auswählen, welche Verträge aus dem früheren Status sie anerkennen wollen und welche nicht. Das ist die sowjetische Stellungnahme zur Frage der Verpflichtungen, die noch zu kolonialen oder halbkolonialen Zeiten eingegangen worden waren.

Die Stellungnahme enthält nebst reinster Demagogie eine gehörige Dosis Perfidie und ist für die jungen Staaten eine Anleitung zur Rechts- und Vertragswillkür.

Die These steht in einer Leningrader Fachzeitschrift, der «Iswestija Wystschich Utschebnich Sawedenij Prawowedenie» (Rechtswissenschaftliche Hochschulnachrichten) in einer Abhandlung über den «Zusammenbruch des kolonialen Systems und Fragen der völkerrechtlichen Anerkennung und der Rechtskontinuität». Zu diesem letzten Punkt äussert sich der Verfasser Farukschin in dem Sinne, dass neue Staaten durch frühere Verträge nicht verpflichtet werden dürften. Sie hätten nach eigenem Ermessen festzustellen, welche Verträge sie aufrechterhalten oder ablehnen wollten. Diese Auffassung der Rechtskontinuität diene dem Kampf gegen den Kolonialismus.

Die einleitende Feststellung ist zutreffend. Es kann einem neugegründeten Staat nicht zugemutet werden, Vereinbarungen seiner früheren Kolonialregieurng einfach zu übernehmen. Hier muss sich die neue Regierung entscheiden. Entweder anerkennt sie die alten Verträge gesamthaft oder überhaupt nicht. Die Partnerstaaten haben sich dann nach diesem Entscheid zu richten. Was aber keinesfalls angeht, ist das Heraussuchen von Rosinen nach der sowjetischen Empfehlung. Denn ein Vertrag ist etwas zweiseitiges, das auch den andern Partner verpflichtet. Nehmen wir einen extremen Fall: Ein koloniales Gebiet habe mit einer andern Regierung zwei Verträge abgeschlossen: im ersten sei ihm die Lieferung von Maschinen zugesichert worden, im zweiten habe er sich zur Lieferung von Landwirtschaftsprodukten verpflichtet. Nun wird der neue Staat gegründet und anerkennt nur den ersten, nicht aber den zweiten Vertrag. Er würde sich so ausschliesslich die Rechte vorbehalten, dem Partner aber ausschliesslich die Verpflichtungen überbinden. Es ist der gleiche Fall wie bei einer Erbschaft, von welcher der Erbe nur Guthaben, nicht aber Schulden anerkennen würde. Selbstverständlich geht das nicht. Entweder nimmt er die Erbschaft an oder er schlägt sie aus.

Wenn nun die sowjetische Stellungnahme den jungen Staaten ein Vorgehen je nach dem vorschlägt, so hat das einzig den Zweck, die Beziehungen mit den früheren westlichen Partnern zu trüben. Ihr Eingehen auf diese willkürliche Vertragsauswahl ist ja nicht zu erwarten, so dass nichts herausschauen würde als abgebrochene Wirtschaftsbeziehungen zum beidseitigen Schaden. Aber das kümmert die sowjetischen Ratgeber weniger. Es dient dem «Kampf gegen den Kolonialismus», das heisst dem Kampf gegen den Westen, und einmal mehr heiligt der Zweck jegliches Mittel, auch dasjenige schwerer wirtschaftlicher Nachteile für den jungen Staat.

Der Schnappschuss

Zukünftig werden Ostberliner, Sowjetzonenbürger und Besucher des Sowjetsektors aus aller Welt, die sich in Ostberlin einen Stadtplan kaufen, nichts mehr über die Existenz Westberlins erfahren. Auf dem neuen «Stadtplan der Hauptstadt der DDR», der vom «Volkseigenen» Betrieb Landkartenverlag in Ostberlin gegenwärtig vorbereitet wird, ist Westberlin nicht mehr zu finden. Der neue Stadtplan, der Anfang 1963 in den Handel kommen soll, zeigt dafür die Berliner Randgebiete bis zur Stadtgrenze.

*

Zwei Witze von «Radio Eriwan». Unter dieser Bezeichnung läuft in der Sowjetunion der politische Witz. Eriwan ist die armenische Hauptstadt und besitzt keinen Radiosender. Kulturhistorisch gesehen steht «Radio Eriwan» des zur Zarenzeit viel kolportierten «Armenischen Witzes», der allerdings vor allem erotisch gefärbt war. Heute sind die Witze «Marke Eriwan» ausschliesslich politischer Natur.

«Radio Eriwan» sendet meistens in Form von Dialogen. Beispiele:

Frage: «Hat der Kosmonaut Titow bei seinen Weltraumflügen Gehirnschäden erlitten?» Antwort «Radio Eriwan»: «Ja — er konnte siebzehnmal um die Erde fliegen und ist dann doch wieder ausgerechnet in der Sowjetunion gelandet.»

Frage: «Wenn ein Kommunist stirbt und in die Hölle kommt, soll er dort in die kapitalistische oder kommunistische Abteilung gehen?» Antwort «Radio Eriwan»: «In die kommunistische, denn dort wird die Heizung bestimmt nicht funktionieren.»

*

Die Warschauer Zeitung «Kurier Polski» zitiert folgenden bemerkenswerten Satz, wenn auch in eher ablehnendem Sinn: «An Stelle verschiedener Beamten sollte man von Zeit zu Zeit Gruppen von Produktionsexperten ins Ausland schicken, damit sie dort in den Geschäften umhergehen und sehen, wieviele verschiedene Kleinigkeiten man mit Erfolg zur Freude der Mitmenschen erzeugen kann.» (An der Herstellung von kleinen Gebrauchsartikeln des Alltags versagt die staatliche Herstellung durchwegs. Das private Handwerk, das sich darum interessieren würde, wird durch Steuerpolitik und schikanierende Lizenzbestimmungen immer stärker von der Produktion weg auf reine Dienstleistungsarbeit verwiesen.)